

**Universitätsstadt Tübingen**

Fachabteilung Verkehrsrecht und Ordnungswidrigkeiten

Kerth, Andreas Telefon: 07071-204-2332

Gesch. Z.: 00 / 3/ Oberbürgermeister/

Vorlage

117c/2023

Datum

24.07.2023

**Beschlussvorlage**zur Behandlung im **Gemeinderat**

---

<b>Betreff:</b>	<b>Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Parkgebühren für die Benutzung von Parkeinrichtungen</b>
Bezug:	117/2023, 117b/2023
Anlagen:	Anlage 1 Änderungssatzung zu 117c I

---

**Beschlussantrag:**

Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Parkgebühren für die Benutzung von Parkeinrichtungen nach Anlage 1 wird beschlossen.

**Finanzielle Auswirkungen**

siehe Vorlage 117/2023

**Begründung:**

1. Anlass / Problemstellung

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in Leipzig hat am 13. Juni 2023 entschieden, dass erhöhte Bewohnerparkgebühren rechtmäßig sind. Es hat allerdings bezüglich der Bewohnerparkgebührensatzung der Stadt Freiburg im Breisgau vom 14. Dezember 2021 Anforderungen zur Ausgestaltung festgehalten, die dazu führen, dass die Satzung unwirksam ist.

2. Sachstand

Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts hat zur Folge, dass sämtliche bereits erlassene Gebührensatzungen für Bewohnerparkausweise in Baden-Württemberg auf Grund der falschen Handlungsform „Satzung“ nichtig sind.

Das Ministerium für Verkehr empfiehlt deshalb, die per Satzung geregelten Gebührenordnungen für das Bewohnerparken unmittelbar als Rechtsverordnungen neu zu erlassen.

3. Vorschlag der Verwaltung

Der Absatz 4 b der derzeit gültigen Parkgebührensatzung der Stadt, der die Höhe der Bewohnerparkgebühr regelt, nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts aber ohnehin nichtig ist, wird gestrichen und die Gebührenordnung für das Bewohnerparken als Rechtsverordnung erlassen.

4. Lösungsvarianten

keine